



URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/klima/Klimaschutz-Klimagipfel;art1118,2948392>

Globale Erwärmung

## Klimaforscher warnt vor "Kriegswirtschaft" ab 2020

**Kanzlerberater Schellnhuber fordert mehr "Ehrlichkeit" bei den Verhandlungen zum neuen Klimapakt. Wenn jetzt nicht massiv in den Umbau der Wirtschaft investiert werde, dann werde die globale Erwärmung "eine Milliarde Menschen oder mehr zu Klimaflüchtlingen" machen und die Welt ins Chaos stürzen.**



John Schellnhuber, Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung - Foto: ddp  
Von Harald Schumann  
13.11.2009 0:00 Uhr

Berlin – John Schellnhuber, Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Berater der Kanzlerin, gibt sich gern unpolitisch. Er berichte nur „naturwissenschaftlich gesicherte Ergebnisse“, versichert er stets, politische Wertungen stünden ihm nicht zu.

Doch wenn der vielfach ausgezeichnete Physiker dieser Tage über den für die zweite Dezemberwoche angesetzten UN-Klimagipfel in Kopenhagen spricht, dann verwandeln sich seine Erkenntnisse in harte politische Aussagen. Die mit der Aushandlung des Nachfolgeabkommens für den Kyoto-Vertrag beauftragten Diplomaten würden über Ziele

verhandeln, „ohne zu verstehen, was sie bedeuten“, klagt Schellnhuber dann. Die Regierungen hätten den „von ihnen selbst beschlossenen Fahrplan“ auf dem Weg zum globalen Klimapakt „nicht eingehalten“, berichtet er – und das Argument von den Arbeitsplätzen, die der Klimaschutz gefährde, mag er schon gar nicht mehr hören. Wenn jetzt nicht massiv in den nötigen Umbau der Wirtschaft investiert werde, „dann brauchen wir uns um die Jobs auch keine Sorgen mehr zu machen“, konstatiert Deutschlands führender Klimaexperte. Denn dann werde die globale Erwärmung „eine Milliarde Menschen oder mehr zu Klimaflüchtlingen“ machen und die Welt ins Chaos stürzen.

Wie weit die Politik und das Wissen der Forscher auseinander klaffen, erklärte Schellnhuber am Mittwoch im Gespräch mit Journalisten an Hand des von den G-8-Staaten beschlossenen Ziels, die Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, weil jenseits dessen die Folgen als unbeherrschbar gelten. Was dies „eigentlich“ bedeute, habe er mit seinen Kollegen des Beirats für globale Umweltveränderungen „brutal nüchtern“ vorgerechnet.

Demnach bleibt der Menschheit nur noch ein Spielraum von 750 Milliarden Tonnen Kohlendioxid, die zusätzlich in die Atmosphäre entlassen werden dürften. Bei gleichbleibenden Emissionen sei dieses Budget aber schon in 25 Jahren erschöpft. Folglich müssten im Weltmaßstab bereits ab 2011 die Emissionen um drei Prozent jährlich sinken, um halbwegs geordnet das Schutzziel zu erreichen. Beginne man damit erst im Jahr 2015, müssten es schon fünf Prozent pro Jahr sein, soviel, wie das Kyoto-Protokoll den Industriestaaten bisher binnen zwölf Jahren abverlangt. Werde der Klimaschutz gar bis 2020 vertagt, müssten die Emissionen anschließend um neun Prozent jährlich sinken, das sei dann aber nur

noch „im Rahmen einer Kriegswirtschaft zu leisten“, warnt Schellnhuber, also massiven staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen. Und dabei handele es sich keineswegs um „eine Extremmeinung“, das sei „tausendfach geprüft“.

Die bisherigen Verhandlungen über den neuen Klimapakt liefen aber lediglich darauf hinaus, die bisherigen Maßnahmen aller Regierungen zu addieren und die „physikalischen Realität“ auszublenden. Der Kopenhagen-Gipfel drohe zur „Alibi“-Veranstaltung zu verkommen, klagte der PIK-Chef und ließ durchblicken, dass er dies in erster Linie auf den Widerstand innerhalb der US-Regierung zurückführt. Bleibe es dabei, dann sollten die verantwortlichen Politiker „wenigstens ehrlich zugeben“, dass sie den Klimaschutz aufgeben und schon mal die Folgekosten einplanen, zum Beispiel den Neubau aller Hafenanlagen und Städte wie Rotterdam oder Hamburg, die schon bei einem dann zu erwartenden Anstieg des Meeresspiegels von einem Meter bis 2100 nicht mehr zu halten seien.

Solch düsteren Erwartungen stellte Otmar Edenhofer, Chefökonom des PIK und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Vermeidungsstrategien des UN-Klimarates, dann doch noch eine kleine Prise Optimismus entgegen. Nach wie vor bestehe die Chance, dass sich die Regierungen in Kopenhagen zumindest darauf einigen, dass es eine absolute globale Obergrenze für alle Treibhausgase geben müsse und wie über die Verteilung der Lasten zwischen den reichen Industriestaaten und den Schwellen- und Entwicklungsländern im Rahmen eines globalen Emissionshandels verhandelt werden soll. Würden derart die Prinzipien erst mal feststehen, „dann wäre das wichtigste Hindernis beseitigt“, erklärte Edenhofer, nämlich dass „die Abgasdeponie Atmosphäre zu billig ist“. Sobald es globale Preise für den Ausstoß von Kohlendioxid gebe, „würde das große Bewegungen an den Kapitalmärkten auslösen“, versicherte der Klimaökonom. Investoren wie Versicherungen und Vermögensverwalter würden dann im großen Stil ihr Kapital umschichten und so das benötigte Wachstum all jener Industrien fördern, die zum Abbau der Emissionen beitragen.

Und „eigentlich“, erklärt der Klimaökonom, müssten nur acht Staaten plus der EU sich einigen, um gemeinsam eine solche Wende herbeizuführen. Gefordert seien da neben den Europäern die USA, China, Japan, Indien, Indonesien, Brasilien, Russland und Südafrika. Chinas Regenten, so erfuhr Edenhofer, sei das auch schon klar. „Kein anderes Land“ habe die „strategischen Implikationen“ des Klimawandels so klar ausgelotet. Vielleicht kommt die politische Energie zur Rettung des Klimas ja aus Peking.

*(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 13.11.2009)*